

Abo nument für Stettin monatlich 50 Pfennige,  
mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark,  
mit Landbriefträgerzettel 2 Mark 50 Pfennige.

Ju srate: Die 4seitige Zeitung 15 Pfennige.  
Redaktion, Druck und Verlag von R. Graumann,  
Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

# Stettiner



# Beitung.

Abend-Ausgabe.

Sonnabend, den 7. Dezember 1878.

Nr. 574.

## Landtags-Verhandlungen.

### Abgeordnetenhaus.

12. Sitzung vom 6. Dezember.

Präsident v. Bennigsen eröffnet die Sitzung um 12 $\frac{1}{4}$  Uhr.

Am Ministerstisch: die Geh. Räthe Scholz, Göppert, von Sybel u. A.

### Tagesordnung:

I. Erste Berathung des Entwurfs eines Ausführungsgesetzes zum deutschen Gerichtsosten-

gesetz.

Auf den Antrag des Abg. Voemets ein wird die Vorlage derselben einer Kommission über-

reisen, welche sich bereits mit den übrigen Aus-

führungsgesetzen der Justiz-Verwaltung beschäftigt.

II. Zweite Berathung des Gesetzentwurfs, be-

reffend die Erwerbung von Grundstücken zum Neu-

au der geburtsstüdlichen Klinik der Universität zu

Berlin.

Die Budget-Kommission beantragt, dem Ge-

setzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu er-

reihen, also 1,200,000 Mark zum Ankauf der

Grundstücke zu bewilligen.

Es erhebt sich hierüber eine längere Diskussion, in

welcher Abg. Freiherr v. Heerenmann seiner

Bewunderung Ausdruck gibt, daß man mit diesem

Bau, trotzdem ein dringendes Bedürfnis für dieses

Institut schon vor fünf Jahren eingetreten sei, erst

id Meist vorgehen wolle. Es sei überhaupt in wenig

zu gebrauchtmäßiger Weise bei den Bauten verfahren wor-

en. Man habe kolossale Summen für Brach-

äuten in den letzten Jahren verausgabt; statt aber

erst die nothwendigen Bauten zur Ausführung zu

ringen, habe man es umgekehrt gemacht und zu-

zust die weniger nothwendigen Bauten in Angri-

ffnen. Trop der ungünstigen Lage unserer

Finanz-Verwaltung werde er daher die geforderte

Summe für die Erwerbung der Grundstücke be-

willigen.

Geh. Rath Göppert nimmt die Regierung

egen diesen Vorwurf in Schutz und bittet, die

Vorlage ohne Vorwürfe für die Verwaltung zu ge-

nehmigen.

Abg. v. Benda bittet ebenfalls mit Rücksicht

auf das vorhandene dringende Bedürfnis um Be-

willigung der geforderten Summe, die auch vom

Hause durch Annahme des Gesetzentwurfs ausge-

brochen wird.

III. Fortsetzung der Etatsberathung.

Die Etats des auswärtigen Ministeriums,

der Rente und des Zuschusses zur Rente des Kron-

hofkommissons werden ohne Debatte bewilligt.

Bei dem Etat der Staatsarchive (Dauernde

Ausgaben 288,700 Mark) richtet Abg. Freiherr v.

fürth mehrere Anfragen an die Regierung in

Betreff der Provinzialarchive und bittet namentlich

an Vermehrung der Fonds für dieselben.

Regierungs-Kommissar Geh. Rath v. Sybel erwidert, daß, soweit diese Fonds entsprechen, die

Provinzialarchive berechtigt seien, sie zum Ankauf

von Urkunden nach freiem Ermessens zu verwenden.

Auch erkennt er an, daß diese Fonds sehr klein sind,

aber die allgemeine finanzielle Lage gestatte nicht,

die Erhöhung dieser Fonds zur Zeit zu beantragen.

Zum Schluss berichtet Redner noch, daß wegen des

Austausches von Urkunden Verhandlungen schwelen.

Abg. Freiherr v. Fürth bittet noch einmal

um eine Erhöhung der bezeichneten Fonds

bei dem nächsten Etat Sorge zu tragen.

Der Etat wird genehmigt.

Dessgleichen die Etats der General-Ordens-

Kommission, des Geheimen Civilkabinets, der Ober-

Rechnungskammer, der Ober-Examinations-Kommiss-

ion, des Disciplinarhofs, des Gerichtshofs zur Ent-

cheidung der Kompetenz-Konflikte und für Zwecke

der Landesvermessung.

Bei dem Etat des deutschen Reichs- und

preußischen Staatsanzeigers (Einnahme 355,600

Mark) beklagt sich Abg. Richter (Hagen) darüber,

dass der Staatsanzeiger nur die Ministerreden aus-

führlich zum Abdruck bringt. In neuerer Zeit sei

war eine kleine Änderung eingetreten; man habe

den Ministerreden ein Resümé über die Verhand-

lungen des Hauses beigelegt. Aber trotzdem könne

man die Redaktion des Staatsanzeigers vor dem

Vorwurfe der Einseitigkeit nicht befreien. Kaum

eine Zeitung gebe die Verhandlungen des Hauses

so tendenziös und einseitig wieder wie das offizielle

Blatt der Regierung. So sei beispielweise am

Montag und Dienstag der Abg. Gneist am besten

weggekommen, Herr Hänel sei sehr schlecht bedacht;

der ganze zweite Theil seiner Rede, der doch am bewegung eingegriffen und geht sodann auf die Hal-  
meister zur Sache gehört, sei kaum erwähnt wor-  
den. Dagegen sei die Rede des Grafen Stolberg  
fast wörtlich wiedergegeben und die Sache so dar-  
gestellt, als ob der Vizepräsident des Staatsministe-  
riums in Folge seiner überzeugenden Rede als Sie-  
ger aus der Debatte hervorgegangen. Noch mi-  
tlicher sei, wenn die Debatten einen persönlichen An-  
strich gewinnen. Redner erinnert an die persönlichen An-  
griffe des Reichsanwalts, denen er im Reichstage  
ausgesetzt gewesen. Die Angriffe des Reichsanwalts  
seien wörtlich im Reichsanzeiger zum Abdruck ge-  
langt, während seiner Entgegung nicht mit einem  
Worte gedacht werde.

Regierungs-Kommissar v. Kurkowski er-  
widert, daß der "Reichsanzeiger" wohl auf das  
Bergnügen werde verzichten müssen, dem Herrn Vorredner zu gefallen. (Oho!) Auf die einzelnen Ausführungen müsse er sich versagen, näher einzugehen.

Abg. Schmidt (Stettin) steht nur darin  
einen Ausgleich, daß der Reichsanzeiger die Parla-  
mentsverhandlungen entweder wörtlich nach dem ste-  
nographischen Bericht oder nach den größeren Kor-  
respondenzen zum Abdruck bringt.

Abg. Dr. Windthorst: Ich möchte dem Herrn Kommissar zur Erwagung anheigen, ob es richtig ist, wenn er so ohne Weiteres Bemer-  
kungen, die aus dem Hause gemacht werden, zurückweist: Ich glaube, daß die Regierung ernsthaft zu erwägen hat, in wie weit sie das, was verlangt wird, ausführen kann. Und das das, was der Abg. Richter verlangt, ausgeführt werden kann, darüber besteht wohl kein Zweifel; ob es geschehen wird, ist etwas anderes. Nach meinem Dafürhal-  
ten sollte der Reichsanzeiger nichts weiter publizieren, als amtliche Aktenstücke. Wenn man das aber nicht will, so ist doch unzweckhaft, daß der Reichsan-  
zeiger so gehalten werden muß in allen seinen Theile, daß er über den Parteien steht. (Sehr rich-  
tig!) Was die Publikation der Parlamentsver-  
handlungen anlangt, so versteht es sich ganz von selbst, daß dieselben nach dem stenographischen Be-  
richt hergestellt werden müssen. Man braucht diese Berichte nicht besonders abzudrucken, sondern kann einfach den stenographischen Bericht beilegen. Die Berichte abzudrucken nach den Correspondenzen größerer Blätter würde ich ablehnen müssen, denn diese, auch die Stettiner Blätter, Herr Abg. Schmidt (Heiter-  
keit), sind nicht unparteiisch. Hierantragen übrigens alle Theile eine gleiche Schuld, und die Blätter der neu- und freikonservativen Partei aber die meiste. Ich würde Ihnen empfehlen, dahin zu wirken, daß alle Parteien in den Berichten gleichmäßig behandelt werden.

Abg. Richter (Hagen): Der Kommissar hat sich damit begnügt, mich persönlich anzugreifen. Ich möchte darauf erwidern, daß, wenn vergleichbare Leute persönliche Angriffe auf sachliche Ausführungen...  
Präsident v. Bennigsen: Ich glaube, daß das hierin nichts von der Tabaksteuer gesagt ist, so war das auch nicht nötig, die Tabaksteuer war damals in aller Munde (Unterbrechung, Widerspruch, Rufe: Lächerlich!) Meine Herren, das ist nicht lächerlich, denn es war natürlich, daß von der Erhöhung der Tabaksteuer nicht Abstand genommen werden sollte. Dann ist viel von der amtlichen Verbreitung dieses Auszuges gesprochen worden. Es ist mir bekannt geworden, daß das an einzelnen Orten geschehen ist; angewiesen war dazu Niemand, ich habe, wo es geschehen ist, ausgeprochen, daß das meinen und den Wünschen der Regierung nicht entspreche. Der Artikel ist allerdings den Landräthen mitgetheilt worden und auch mit der Absicht der Verbreitung — aber nicht amtlich! (Unterbrechung.) Dann kann ich nur mit Bedauern darauf zurückkommen, daß der Abg. Richter einen der Artikel in einem Sinne ausgelegt hat, der in der That nicht darin liegen kann. Unter den zu deckenden Bedürfnissen durch Vermehrung der Einnahmen ist auch angeführt worden die Verbesserung der Lage der Wittwen- und Waisenverwaltung; und nun hat er sich nicht geschaut, die Sache so darzustellen, als ob das dazu gefragt sein sollte, die Beamten zu kritisieren (Widerspruch links). Nein, meine Herren, so weit heruntergekommen sind wir noch nicht, daß wir solche Mittel anwenden sollten! (Unterbrechung, Widerspruch links und im Centrum, Beifall rechts) Ferner muß ich daran erinnern, daß alle diese Ar-  
tikel, um die es sich handelt, nicht Artikel des An-

teile sind, sondern Artikel des Bureau de Staatsministeriums. (Laufende Ausgaben 294,510 M.) Bei Tit. 12 (Dispositionsfonds für allgemeine politische Zwecke 93,000 M.) nimmt Abg. Richter (Hagen) Gelegenheit, auf die Haltung der "Prov.-Korr." während der letzten Wahl. Bezug zu nehmen, die Sache so darzustellen, als ob das dazu gefragt sein sollte, die Beamten zu

kritisieren (Widerspruch links). Nein, meine Herren, so weit heruntergekommen sind wir noch nicht, daß wir solche Mittel anwenden sollten! (Unterbrechung, Widerspruch links und im Centrum, Beifall rechts) Ferner muß ich daran erinnern, daß alle diese Ar-  
tikel, um die es sich handelt, nicht Artikel des An-

teile sind, sondern Artikel des Bureau de Staatsministeriums. (Laufende Ausgaben 294,510 M.) Bei Tit. 12 (Dispositionsfonds für allgemeine politische Zwecke 93,000 M.) nimmt Abg. Richter (Hagen) Gelegenheit, auf die Haltung der "Prov.-Korr." während der letzten Wahl. Bezug zu nehmen, die Sache so darzustellen, als ob das dazu gefragt sein sollte, die Beamten zu

kritisieren (Widerspruch links). Nein, meine Herren, es liegt mir hier nichts fern, als beleidigen zu wollen. Ferner sollen durch die "Prov.-Korr." Parteien ge- oder beschimpft werden sein; dafür, daß das geschehen, ist nirgends der Beweis erbracht. (Abg. Richter: Ich habe sie ja vorgelesen) Ja, das sind doch keine Beschimpfungen (Widerspruch), ich nehme aber gar keinen Anstand, zu erklären, daß für mich allerdings diese Ausdrücke zu scharf sind, daß ich ihre Anwendung nicht wünsche und darauf hinwirke, daß sie nicht wieder gebraucht werden; dann kann man materiell ganz dasselbe mit der nötigen Entschiedenheit sagen, ohne solche Ausdrücke zu gebrauchen. (Heiterkeit) Über den Fall betreffs des Abg. Dr. Hänel muss ich allerdings mein lebhafte Bedauern aussprechen — nach Allem glaube ich, daß die Verwaltung der "Prov.-Korr." Ihnen keine Veranlassung giebt, gegen diesen Fonds zu stimmen. Das aber glaube ich, daß die Verwaltung der "Prov.-Corresp.", mag sie auch in Einzelheiten zuweilen Ihr Missfallen erregen, in Ziel und Zweck niemals etwas Anderes erstrebt, als die Vereinigung entgegenstehender Meinungen zu einem ehrlichen Ganzen nach Kräften zu fördern.

Abg. Miquel: Die nationalliberalen Parteien legen nach wie vor diesem kleinen Dispositionsfonds keine politische Bedeutung bei und halte er persönlich ein solches Organ, wie die "Prov.-Korr.", für eine Notwendigkeit. Aber das lege gerade der Regierung die allergrößte Rücksicht in der Benutzung desselben auf. Wenn die Regierung ehrlich Abhülle schaffen wollte, so müsse sie jede Polemik gegen die Parteien, vor Allem aber gegen Personen, vermeiden.

Abg. Freiherr v. Schorlemer-Alst: Ich möchte zunächst bemerken, daß der Ausdruck "nicht-staatsfeindende" Parteien nur so zu verstehen ist, daß er ein Erfolgswort für die früher übliche "Staatsfeindlichkeit" geworden ist. Ich verstehe deshalb auch, wenn sich die Herren auf der einen Seite diesen Ausdruck so verlegt fühlen. Aber als das Centrum mit dem Prädikat "staatsfeindlich" beklebt wurde, da wurde dieses Wort von der liberalen Presse mit einem gewissen Behagen aufgenommen (Sehr wahr!) Redner verweist hierbei auf einen Artikel der "Deutschen Vereins-Korrespondenz", in welchem in Bezug auf eine sehr hohe Dame, anknüpfend an das Jubiläum des Fürstbischofs von Breslau, die unpassendsten Ausführungen gemacht wurden. Schon die Rücksicht auf die hohe Stelle und die Rücksicht auf eine Frau hätte den Schreiber abhalten müssen, sich solcher Ausdrücke zu bedienen. Wunderbar aber sei, daß dieser Ausdruck unverfolgt geblieben. Seine Partei werde die hier in Rede stehende Position so lange verwirtern, so lange die "Prov.-Korr." vorzugsweise als Kultursamtmittel diene.

Abg. Schröder-Lippstadt spricht über die "Züchtung" der Reptilien.

Abg. v. Werneburg erwidert es für die Rechte der Regierung, Klarheit über ihre Ansichten zu verbreiten, ist aber ebenfalls der Meinung, daß die Form, in welcher dies geschieht, eine andere sein könnte, als dies manchmal der Fall.

Abg. Dr. Hänel: Er sei damit einverstanden, daß die Regierung das Recht haben müsse, Klarheit über ihre Ziele zu verbreiten. Das müsse aber in erster Linie vor der Landesvertretung geschehen. Bis jetzt kann man aber weder die Absichten des Herrn Ministers des Innern, noch die des Herrn Finanzministers.

Minister Graf Eulenburg: Wenn die Herren Vorredner auf Ausführungen von Zeitungen Bezug genommen, so müsse er besonders betonen, daß für Mitteilungen der "Nord. Allgem. Zeitg." und der "Deutschen Vereins-Korrespondenz" etc. die Regierung weder direkt, noch indirekt irgend eine Verantwortlichkeit übernehmen könne.

Abg. Richter geht auf das Verhältnis der nationalliberalen Partei zur Fortschrittpartei näher ein und bemerkt, daß die Unterstützung der letzteren bei den letzten Wahlen eine politische Taktik gewesen. Wenn seine Partei deshalb den bestigsten Angriffen in der "Prov.-Korr." ausgesetzt gewesen,

möchte er doch daran erinnern, daß der Minister Graf Eulenburg bei den letzten Wahlen selbst für den Kandidaten der Fortschrittspartei gestimmt habe. Es sei unschön gewesen, gegen die Parteien, welche gemeinschaftlich gegen die Sozialdemokratie Front gemacht, in dieser Weise vorzugehen und sie durch Streit und Zwietracht zu schwächen.

Nach eitigen kurzen Bemerkungen des Abg. Schröder (Lipstadt) erklärte Abg. Windthorst-Meppen, daß der "Prov.-Korr." eine viel zu große Bedeutung beigelegt werde. Darin stimme er aber zu, daß dieselbe in den meisten Fällen mehr zur Verwirrung als zur Aufklärung beitrage. Er (Windthorst) sei gegen sein Verdienst so sehr Gegestand des Angriffs offizieller und offiziöser Blätter, daß wenn er auf derartige Dinge antworten wollte, seine ganze Zeit und Kraft damit erschöpft würde. Es sei darum sein feststehender Grundsatz, auf alle solche Angriffe absolut nicht zu antworten, da i. m. nicht wie anderen Staatsmännern die Mittel zu Gebote stehen, ein Schreiberheer zu unterhalten, oder die Hülfe der Staatsanwaltschaft anzurufen. Man möge daher aus seinem Schweigen nicht falsche Schlüsse ziehen. Wir, führt Redner weiter aus, kämpfen nur, um den Frieden herbeizuführen, nicht aber, um ihn zu zerstören und wir wissen, daß unsere Wähler derselben Ansicht sind.

Die Diskussion wird geschlossen und die Position genehmigt.

Nächste Sitzung Montag 11 Uhr.

Schluss 4 Uhr.

### Deutschland.

Berlin, 6. Dezember. Wer gestern Abend die ununterbrochen fließenden Menschenströme durch die Straßen Berlins sich ergießen sah, wer die harmlose Freude beobachtete, mit welcher die Zehntausende den Glanz des Nachtfestes genossen, das die Bevölkerung dem Kaiser und sich selbst gab, der mußte sich fragen, ob denn dies dieselbe Stadt sei, für welche außergewöhnliche Sicherheitsmaßregeln beschlossen worden sind. Auch nicht von der geringsten Unordnung wird uns berichtet, einzig in der Polizeigeschichte ist nicht eine einzige Sisstirung vorgekommen. Es war, als hätte die Bevölkerung in allen ihren Klassen sich das Wort gegeben, jeden Anstoß zu vermeiden, als fühlte sie sich gleichsam solidarisch gegenüber jeder Störung eines der gelungensten Feste, welche die Annalen der Hauptstadt verzeichnen. An vielen Orten Deutschlands hatte man, wie wir aus uns zugehenden Briefen entnehmen, mit einer Art ängstlicher Spannung dem Verlaufe des gestrigen Tages und Abends entgegengesehen; die Phantasie, die in erregten Zeiten so leicht die Fügung übernimmt, hatte allerhand Schreckensgestalten vorgeworfen, die zur Erscheinung kommen könnten. Ja, wie glauben nicht fehl zu greifen, wenn wir annehmen, daß selbst auf dem Untergrund der Berliner Stimmung, wie sie dem Kaiserreich entgegenkommt, auch ein Nachklang sich findet, der auf die Empfindungen aus den Tagen des Schreckens zurückwies. Der festliche und fröhliche Verlauf des gestrigen Tages hat jene Besürfungen glücklicher Weise als unbegründet gezeigt; er hat vielmehr in seinem Erfolge den Männern Recht gegeben, welche mit so großem Eifer und Geschick das gestrige Einzugsfest vorbereitet haben und denen der kaiserliche Dank in reichem Maße gebührt, denn sich heute die gesamme Bevölkerung anschließt. Wer möchte es heute missen wollen dieses Fest. Es wirkt sich bei solchen Gelegenheiten ein ganzer Schwarm herkömmlicher Redensarten auf die Realität der Thatsachen, um dieselben zu verkleistern und zu verdunkeln, daß es schwer wird, die schlichte Wahrheit darunter herauszu erkennen. Allein der Charakter des gestrigen Festes ist doch zu klar und ausgeprägt, als daß er sich verwischen ließe. Die Berliner Bevölkerung sieht in dem gestrigen Tage, man darf sagen ihr persönliches Verbündnis zum Kaiser neu gekräftigt und bestätigt, sie steht es mit Stolz und Freude, wie das Herrschergeschlecht sich von der Bevölkerung nicht trennen läßt, wie der Kronprinz mit seiner Familie mitten durch die wogenden Volksmassen fuhr, sicher im Schutze der Bevölkerung der Hauptstadt.

Die Berliner Bevölkerung konnte an einem Tage wie dem gestrigen das Vertrauen zu sich selbst, wo es gestört war, wieder gewinnen. Wer hätte nicht nach furchtbaren Erfahrungen hier und anderwärts auch eine veränderte Weise des Verhaltens gerechtfertigt finden müssen. Das Beispiel ruhiger Zuversicht und festen Sinnes, das in der ganzen Behandlung des Einzugs von den höchsten Stellen gegeben worden ist, wird, wie wir hoffen, nirgends verloren sein. Und wir können mit dem Gedanken nicht zurückhalten, daß es gerade der Mangel jener Zuversicht und Festigkeit ist, welche dem Leben unserer Nation in den verschiedensten Richtungen jenen Stempel des Unsteten und Schwankenden aufdrückt, das so vielfach und so schadenbringend sich geltend macht. So fällt noch ein anderer heller Schein als durch das Flammenmeer selber, durch den gestrigen Tag in unser Volksleben.

Als heute Mittag der Augenblick heran nahte, in welchem die Königs- und Schloßwache an dem kaiserlichen Palais vorbeimarschiere musste, hatte sich eine große Menschenmenge an dem Denkmal Friedrichs des Großen versammelt, und Aller Augen hingen an dem bekannten Eckfenster. Der Kaiser erschien aber nicht an diesem, sondern an dem Eckfenster der ersten Etage. Kaum aber war der Monarch von der harrenden Menge erblickt, als ein Jubel und Hurraufen ausbrach, das kein Ende nehmen wollte. Der Kaiser, welcher die Interims-Generals-Uniform trug, sah sehr wohl und munter aus und verneigte sich wohl zehnmal freundlich lächelnd nach allen Seiten. Wenige Momente darauf erschien auch die Kaiserin und verneigte sich

grüßend ebenfalls nach allen Seiten. Unten aber marschierten stramm mit angefaßtem Gewehr die Wachmannschaften des Kaiser-Franz-Garde-Grenadier-Regiments vorbei. Als die letzte Note an dem Palais vorbeimarschir war, begrüßte der Kaiser noch einmal die jubelnde Menge und zog sich sodann vom Fenster zurück.

In der italienischen Kammer gibt es sehr stürmische Scenen. Die Interpellationen über die innere Politik sind an der Tagesordnung. Der Eindruck des Attentats spiegelt sich in den Reden treulich wieder. Die Galerien sind überfüllt und lassen sich so fortsetzen, daß sie bei wiederholten Besuchsausflügen auf Befehl des Präsidenten geräumt werden. Die Depeschen lauten:

Rom, 4. Dezember. Der Ministerpräsident Cairoli erscheint zum ersten Male seit der bei dem Attentat erhaltenen Verwundung in der Kammer. Er betritt die Aula, gestützt auf den Arm Bertoni's. Die Kammer erhebt sich, auch der Präsident. In die endlosen Erörterungen stimmen die dichtbesetzten Tribünen mit ein, so daß der Präsident mit Räumung derselben drohen muß. Es sind alle Minister gegen. Der Abgeordnete Finzi von der Rechten erklärt unter dem Beifall der Kammer seine persönliche Hochachtung und Verehrung für Cairoli. Er lobt die Ehrlichkeit seiner Verwaltung. Dagegen wendet er sich heftig gegen den Finanzminister, belagt die inneren Zustände und zweifelt, daß das gegenwärtige Kabinett dieselben bessern könne. Er drückt dann den Wunsch aus, daß Cairoli, um sich seine große Verehrung zu bewahren, rechtzeitig zurücktrete. Ihm folgt in langer Rede Crispi. Dieser bildet halb einen Angriff, halb eine Vertheidigung des Cabinets. Der Zustand Italiens sei nie bedenklicher gewesen als jetzt; die Freiheit sei zur Lizenz geworden. Von mancher Seite werden jetzt Gefahren für die Freiheit befürchtet. Aber diese Furcht sei übertrieben. Heute räche sich jener Alt unbesonnener Gerechtigkeit.

Hier unterbricht den Redner der Deputierte Merizzi mit dem Ruf: "Das war eine Infamie." Crispi fährt fort: "Er überläßt das Urtheil über diese Unterbrechung der Kammer. Für die Freiheit sei keine Gefahr vorhanden, denn Italien sei ohne Freiheit undenkbar." Es folgt dann eine lange Erörterung darüber, ob man durch Präventionen den Erstürmungen vorbeugen oder durch Repression der Verirrung ein Ende machen solle. Er sagt, das Kabinett sei nicht energisch genug und tadeln die Duldung der verfassungswidrigen Vereine wie Circolo Barsanti und der Internationale. Er beschuldigt die Rechte, die intellektuelle Urheberin der Barsanti-Vereine zu sein, denn nur durch die Erschiebung des Unteroffiziers Barsanti habe man denselben in den Augen der Internationale einen Gloriachein verliehen.

Hier erfolgt abermals tumultuarische Unterbrechung. Der Präsident ruft die Unterbrechenden zur Ordnung. Crispi verurtheilt im Laufe seiner weiteren Rede die republikanischen Vereine und Kongresse. Er sagt, die Internationale sei besonders stark in den Staaten, in denen der Katholizismus dominiert. Nachträglich erklärt er, daß er die Abschaffung der Mahlsteuer missbillige. Italien bedürfe der monarchischen Regierungsform, welche aber nur durch die Freiheit leben könne.

Der Abgeordnete Sella protestiert gegen die auf ihn erhobene Vorwürfe, daß er, als er im Jahre 1870 Minister war, nicht die Begnadigung des Barsanti herbeigeführt habe. Er rechtfertigt sein damaliges Votum für die Ausführung des Todesurtheils. Das vaterländische Heer hätte zerfallen müssen ohne die härteste Strenge gegen jenen Eindringling. Ein Votum für Gnade wäre eine Infamie gewesen. Er erinnert für diese Ausführung großen Beifall. Der Präsident läßt nunmehr die Galerien räumen, da die Zuhörer abermals in den Beifall eingestimmt haben.

Der Deputierte Merizzi erklärt, daß, als er Minister wurde, internationale Vereine schon vom Minister Lanza aufgelöst wurden. Barsantizirkel waren zu seiner Zeit nicht vorhanden. Der Deputierte Merizzi nimmt den Eingangs erwähnten Ausdruck "Infamie" zurück.

Der Minister Banardelli spricht zwei Stunden lang. Der Alarm sei theilweise ein künstlich geprägter. Mit Ausnahme des Attentats in Neapel und des Vorfalls beim Werfen der Bombe in Florenz beschränken sich die Ausschreitungen auf bedeutungslose Vorfälle. Die Barsantizirkel beziffern sich im Ganzen auf sieben. Sie werden alle gezeitigt prozessirt. Die Anklage, daß während er dem Ministerium angehörte, die republikanischen Vereine masslos gewachsen seien, sei falsch. In Italien existierten zur Zeit des Antritts der jetzigen Regierung 208 republikanische Vereine, die jetzt nur auf 227 angewachsen seien. Davon befinden sich 128 in den 5 Provinzen Toscana, Genua, Ravenna, Ancona und Perugia. Gegen Minghetti gewendet sagt der Minister, er halte es für besser, nach dem Beispiel Englands die republikanischen Vereine nicht aufzulösen, ebenso wenig halte er Preßprozesse für wirksam, weil am Ende doch nur die Regierung durch dieselben geschädigt werde. Er wollte auch keine Ausnahmegesetze und Einschränkung der Kompetenz der gewöhnlichen Gerichte. Er erklärt, daß er niemals eine willkürliche Verhaftung anordnete, vergleicht die Missthaten der letzten 10 Jahre mit jetzt und sagt, der Zustand der Sicherheit habe sich nicht verschärft. Er verzäume Nichts, um Verbrechen zuvorzukommen. Das Werken von Bomben aber sei nicht zu präventieren.

Morgen findet eine Fortsetzung der Rede Banardelli statt, welche von der Kammer eifrig aufgenommen wurde. Der Schluss der Sitzung fand um 6 Uhr statt.

Die ablehnende Aufnahme der radikalen Neufas-

rungen Banardelli läßt darauf schließen, daß das Resultat der Verhandlungen kein Vertrauensvortrag sein wird. Die Tage des jetzigen italienischen Ministeriums schinen gezählt zu sein.

### Ausland.

Paris, 5. Dezember. Wie mir versichert wird, soll bereits eine spanische Note existieren, worin das Madrider Kabinett auf die Nothwendigkeit aufmerksam macht, die Schweiz zur strengerem Beachtung ihrer internationalen Pflichten anzuhalten. Die spanische Regierung belagt sich insbesondere über die Existenz eines revolutionären spanischen Comités in Genf, welches von dort aus ganz offen ihre gegen die Ruhe Spaniens gerichteten Intrigen und Manöver betreibt.

Der neuernannte deutsche Gesandte in Madrid, Graf Solms-Sonnenwalde, hat heute seine Reise nach Madrid fortgesetzt. Belgard, 5. Dezember. Bei der gestrigen Versammlung des Aerzte-Vereins des Regierungsbezirks Cöslin wurden für die zu errichtende Aerzte-Kammer folgende Abgeordnete gewählt: Die Doktoren von Büna, Starke, Friedländer, Lebram, Bodenstein und Kierski; der Stolper Verein hat die Herren Doktoren Gaul, Crustus und Muler gewählt.

### Provinzielles.

Stettin, 7. Dezember. Wie gemeldet, war in der letzten Sitzung des Aufsichtsrates der Berlin-Stettiner Eisenbahn-Gesellschaft der Absicht des Direktoriums gegenüber, daß dieses Mal keine Weihnachts-Gratifikationen an die Beamten gezahlt werden sollen, beschlossen worden, nochmals dem Direktorium die Erwägung anheimzugeben, ob es sich trotz des wenig günstigen Resultates nicht empfehlen würde, wenigstens die Hälfte der sonstigen Gratifikationen zu verteilen. Das Direktorium hat nunmehr darüber berathen und in einer Sitzung am Dienstag beschlossen, keine Gratifikationen zu zahlen, während solche sonst in Höhe von 5 p.C. des Gehaltes gewährt wurden. Das Direktorium ist der Ansicht, bei den schlechten Geschäftsergebnissen keine Gratifikationen gewähren zu dürfen und will die Generalversammlung später darüber befragen, ob etwa noch nachträgliche Gratifikationen gezahlt werden sollen.

Mit dem 1. d. Mts. sind folgende Stationen der königlichen Ostbahn für den Privat-depeschenverkehr eröffnet worden: Wangerin (Stadt), Dramburg, Falkenburg, Tempelburg, Neustettin, Hammerstein, Schloßau, Baldenburg, Rummelsburg, Hammermühle, Zollbrück, Rügenwalde, Stolpmünde. Die Zeiten, während deren auf den einzelnen Stationen Privatdepeschen angenommen und ausgegetragen werden, sind aus den auf den Stationen ausgehängten Tableaus zu ersehen.

In der Nacht zum 11. v. Mts. ist der Hölzstieper Fall von Ostbahn unter Umständen verschwunden, welche den dringendsten Verdacht erregen, daß derselbe von einem oder mehreren Andern umgebracht ist. Die bissige königliche Regierung wird Demjenigen eine Brämie von 300 Mark zahlen, welcher Thatsachen nachweist, auf Grund deren eine gerichtliche Bestrafung des oder der Thäter erfolgen kann.

Stralsund, 6. Dezember. Der gestrige Tag, an welchem Se. Majestät unser allverehrter Kaiser nach längerer Abwesenheit Seinen festlichen Einzug in die Residenz und Reichs-Hauptstadt hielt und an welchem Derselbe nach Wiederherstellung Seiner Gesundheit die Regierung wieder übernahm, ist auch hier nicht vorübergegangen, ohne daß unsere Stadt ihrer freudig bewegten Teilnahme auch äußerlich sichtbaren Ausdruck gab. Von der Stunde an, wo Se. Majestät in Berlin eintraf, bis zum späteren Abend hatten alle öffentlichen, königlichen und städtischen Gebäude, sowie zahlreiche Privathäuser ihre Fahnen und Flaggen aufgezogen.

### Literarisches.

Gaea, Natur und Leben. Zeitschrift zur Verbreitung naturwissenschaftlicher und geographischer Kenntnisse, sowie der Fortschritte auf dem Gebiete der gesamten Naturwissenschaften. Unter Mitwirkung von Dr. A. Ave-Lallmant, Dr. O. Buchner, Professor Dr. Esmann, H. T. Hoffmann, Dr. B. Hofmann, Dr. H. Klende, Dr. Ed. Lucas, Prof. Dr. Fr. Mohr, Dr. Ph. Müller, Dr. L. Overzier, Navigationslehrer Dr. H. Romberg, Prof. Rob. v. Schlagintweit, Dr. O. W. Thomé, Prof. Carl Vogt, Dr. A. Vollsel, Dr. A. Weber u. A. herausgegeben von Dr. Hermann J. Klein. 1878. Bierzeiter Jahrgang in 12 Heften.

Die Zeitschrift kann allen Freunden der Naturwissenschaft dringend empfohlen werden. Sie gibt sowohl längere Abhandlungen, wie kurze Notizen und orientiert trefflich über die neuesten Fortschritte der Naturwissenschaft.

J. ten Doornkaat Koelmann, Wörterbuch der ostfriesischen Sprache. Heft 5 Et-Tilt. Wir haben wiederholt auf dies ausgezeichnete Werk aufmerksam gemacht, das sich den großen Arbeiten Jacob Grimm's würdig an die Seite stellen läßt. Wir kennen kein ähnliches Werk für die niederdeutsche Sprache, das sich diesem auch nur annähernd an die Seite stellen ließe.

### Lied des Winters.

Es jammern und klagen die Menschen so gern vom Winter, dem milden und zarten. Sie blicken mit Freude am Himmel die Stern' Bei eisiger Kälte, der harten. Ach, wüstet sie ahnend, daß ich nicht mehr fern — Geduldig dann würden sie warten.

Hab' ich Euch in Liebe gespendet zureich Der Sonne vergoldende Strahlen? Liebt Ihr denn die Maske des Todes nur bleich Und schmucklos das Antlitz der Kahnen?

Wohl fließen die Bäche und Strom' noch ohn' Eis — Doch harret, ich will's Euch schon zahlen!

Wohl wand ich der todten Natur einen Kranz Aus Gräsern und duften Beilchen. Verlangend doch paarten zum lustigen Tanz Sich Kälte und Schnee schon ein Weilchen. Verschwinden gar bald soll der sonnige Glanz, Die Wärme in all ihren Theilchen.

Verherend las' wüthen den Schnee ich im Sturm, Verschütte die Weg' und Geleise. Die schneidende Kälte, sie tödet den Wurm, Der sorglos sich drehet im Kreise. Das Läuten der Glöckchen am Festtag vom Thurm Wird dunklen Euch traurige Weise.

Die Saat auf dem Felde in üppiger Bracht Ohn' Schutz fällt dem Frost' sie zum Raube. Und eh' Ihr es selber geglaubt, ist erwacht In Euch an mein Reich schon der Glaube. Ihr Alle, die heute mich spottend verlacht, Fleht morgen am Milb' mich im Staube.

Bermesset Euch nicht, Ihr Kinder der Welt, Ju richten die Fügung von oben! — Was Euch auch bestimmt, wie's Schicksal auch fällt, Erhebt nur die Zunge zum Loben! Der Mensch ist an Geist und an Kraft noch zu klein,

x. X.

### Biehmarkt.

Berlin, 6. Dezember. Es standen zum Verkauf: 386 Rinder, 652 Schweine, 419 Kalber, 296 Hammel.

Für Rinder verließ das Geschäft heute wider Erwarten günstig und läßt sich dieser Umstand vielleicht dadurch erklären, daß der Ausgangspreis wegen zum nächsten Montag ein sehr geringer Auftrieb erwartet wird, der die Preise noch mehr steigen könnte. Von Prima-Waare wurden nur wenige Stücke gekauft und mit 60—63 Mark pro 100 Pfund Schlachtwicht bezahlt; Sekunda 51 bis 54 und Tertia 42—45 Mark pro 100 Pfund Schlachtwicht.

Bei den anderen Biehgattungen blieben Geschäft und Preise fast unverändert.

Schweine: Beste Mecklenburger 47—48, Landschweine Prima 44—46, Sekunda 42—43, Russen 37—39 Mark pro 100 Pfund Schlachtwicht. — Kaliner 40—42 Mark bei 50 Pfund Thara

Kalber 30—50 Pf. pro 1 Pfund Schlachtwicht.

Hammel 40—50 Pf. pro 1 Pfund Schlachtwicht.

### Telegraphische Depeschen.

Dresden, 6. Dezember. Aus Anlaß der Wiedergenugung des deutschen Kaisers hat das evangelisch-lutherische Landeskonsistorium für nächsten Sonntag in allen Kirchen Sachsen ein besonderes Dankgebet angeordnet.

London, 6. Dezember. Oberhans Lord Halifax kündigte für nächsten Montag eine Resolution folgenden Inhalts an: Das Haus sei zwar bereit, die Mittel zu gewähren, damit der Krieg gegen Afghanistan glücklich beendet werde, müsse aber sein Bedauern über die Politik aussprechen, die zum Kriege geführt hat.

Unterhaus. Whitbread melde eine Resolution an, in welcher die Politik der Regierung, die zu dem Kriege geführt hat, gemäßigt wird. Nach lebhafter Debatte erklärte sich Schatzkanzler Northcote damit einverstanden, den Bericht über die Adresse auf nächsten Montag zu vertagen, damit der Antrag Whitbreads am Montag diskutiert werden könne.

Copenhagen, 6. Dezember. Die der Linken angehörigen Mitglieder des Finanzausschusses beharrten auf der Ablehnung der Regierungsvorlage, betreffend die Auktion für die Insel St. Croix. Dem Betriebnehmen nach steht in Folge dessen die Auflösung des Folketing zu erwarten und wahrscheinlich schon am nächsten Montag.

Bukarest, 6. Dezember. Das ministerielle Organ "Romanul" bespricht den Aukauf der rumänischen Eisenbahnen durch den Staat und hebt dabei hervor, die Regierung habe zwar über den Aukauf der Bahnen mit dem Aufsichtsrath derselben in Berlin Unterhandlungen angeläuft, auch seien die Bedingungen für den Abschluß des Geschäfts günstige. Indes sei bisher noch nichts in der Sache entschieden, so daß die Rämmern wie das Ministerium noch vollkommen frei hand hätten.

Petersburg, 6. Dezember. Die Rede des Kaisers in Moskau, in welcher derselbe definitiv die Unterzeichnung des endgültigen Friedens mit der Türkei als bald bevorstehend angezeigt und in welcher der Souverän auf die friedliche Entwicklung Russlands auf dem gesetzlichen Wege den vollsten Accent legte, haben unverkennbar einen tiefen Eindruck gemacht und ist die Sprache der Moskauer und hiesigen Blätter in voller Anerkennung der von dem Kaiser inaugurierten Politik: "Nach innen und außen friedliche Entwicklung". Die slavophilen Kreise sehen sich einem ersten Willen gegenüber und stimmen auch ihrerseits ihre Sprach herab.

Lahore, 6. Dezember. General Roberts hat bis nach Attock auf dem Wege nach dem Engpaß von Sutlar Gardan eine Reconnoitringabteilung vorgesetzte; die Brigade Browne ist in Basawal angekommen; im Chyberpass herrscht Ruhe; General Maude ist in Jamrood eingetroffen. Gerüchteweise verlautet, der Emir von Aghanistan habe seine Familie nach Turkestan geschickt und Truppen nach dem